



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 7./8./15. Dezember 2021

In der Dezember-Session ist jeweils vieles vorgegeben. Im Zentrum steht das Budget für das neue Jahr. Das «Schauspiel» ist dabei jedes Jahr etwa ähnlich. Da ist zum einen die SVP, welche nicht müde wird, die finanzielle Situation schlecht zu reden und mit (meist unbegründeten) Budgetkürzungsanträgen auffährt. Und dann sind da noch alle anderen Parteien, die – nicht immer gleich überzeugend, aber immerhin – der Regierung und dem Staatspersonal alles in allem ein gutes Zeugnis ausstellen. Nach langem Diskutieren – die Budgetdebatte dauert in der Regel gut zwei Sessionstage – konnte das Budget schlussendlich unter Dach und Fach gebracht werden.

Das **Budget 2022** sieht nun einen verhältnismässig kleinen Aufwandüberschuss von 8 Mio. Franken vor. Dies ist aufgrund der allgemeinen Lage und der damit verbundenen zusätzlichen Ausgaben ein ansehnliches Resultat und zeigt, dass der Staatshaushalt inzwischen recht stabil daherkommt. Andererseits gilt es immer auch zu erwähnen, dass der Kanton Solothurn jährlich grosse Beiträge aus dem Nationalen Finanzausgleichsfonds (NFA) erhält. Zudem profitieren die Kantone aktuell von äusserst hohen Ausschüttungen durch die Schweizerische Nationalbank (SNB). Weiter gilt es zu bedenken, dass aufgrund der geplanten Steuerreduktionen bei den natürlichen Personen zukünftig mit weniger Ertrag gerechnet werden kann.

Ein finanziell grosser Brocken war die **Abgeltung der Ertragsausfälle und Mehrkosten an die Solothurner Spitäler**. Der Regierungsrat schlug vor, quasi alles in einem Wisch für 2020, 2021 und 2022 zu erledigen. Das Problem dabei: Die Ausgaben

für 2021 und 2022 basieren naturgemäss nur auf Schätzungen. Die Chance bzw. Gefahr, dass sich angesichts der Dynamik der sich stetig verändernden Massnahmen die heutigen Schätzungen als falsch erweisen werden, ist relativ hoch. Für die Finanzkommission (FIKO) war deshalb klar, dass man die Jahre 2021 und 2022 erst später behandeln soll. Die Zahlungen für das abgelaufene und inzwischen abgerechnete Jahr 2020 waren unbestritten. Der Kantonsrat folgte der FIKO und bewilligte eine Zahlung von 26.6 Mio. Franken. Dazu wird es noch zu einer Volksabstimmung kommen.

Politisch äusserst brisant war die Gesetzesänderung zur **«Defizitbremse»**, wo es zu abstimmungstechnischen Turbulenzen kam. Ein Antrag aus der FIKO, der dort schon nur dank Stichentscheid vom Präsidenten durchgekommen ist, wurde nach der ersten Abstimmung auch im Rat äusserst knapp angenommen. Allerdings beteuerte ein Kantonsrat im Anschluss, dass er falsch gedrückt habe und verlangte daher eine Wiederholung. Nach langen und teils hitzigen Diskussionen wurde die Abstimmung schliesslich wiederholt, mit der Folge, dass der Antrag nun mit einer Stimme Differenz abgelehnt wurde. In der anschliessenden Schlussabstimmung schliesslich haben einige jener, die vorher knapp unterlegen waren, sich quasi aus Protest enthalten oder dagegen ausgesprochen. Das führte dazu, dass man nur in extremis um eine obligatorische Volksabstimmung herumgekommen ist. Das dafür benötigte 2/3-Mehr wurde punktgenau erreicht. Meine Stimme hat hier also jeweils ganz entscheidend mitgewirkt.

In Kürze

Gewählt wurde das neue **Kantonsratspräsidium**: Nadine Vögeli (SP) wurde als Präsidentin, Susanne Koch (CVP) als 1. Vizepräsidentin und Marco Lupi (FDP) als 2. Vizepräsident gewählt. Einmal mehr galt es, zwei weitere **Notverordnungen** abzusegnen. Für die Weiterentwicklung des Steuertools **«Nest»** wurde ein entsprechender Kredit gesprochen. Die nächste Session findet am 25./26. Januar 2022 statt.

André Wyss

Persönlich

Als Einzelsprecher meldete ich mich beim Geschäft **«Prämienverbilligung»**. Eine Erhöhung des Prämienverbilligungstopfs würde primär jenen Personen helfen, die es am nötigsten haben. Der Kantonsrat beschloss, nur das gesetzliche Minimum zu bewilligen.

Fraktionssprecher war ich beim Thema **«Defizitbremse»**. Dort wurden die gesetzlichen Rahmenbedingungen den neusten Gegebenheiten angepasst. Nur ganz knapp und dank unserer Fraktion konnten wir das Geschäft erfolgreich durchbringen.

Beim in der letzten Session eingereichten Auftrag **«Reduktion der Testkosten für Jugendliche unter 21 Jahren»** überschlugen sich die Ereignisse. Auf nationaler Ebene weist alles darauf hin, dass man die Tests allgemein wieder kostenlos anbieten möchte. Mit diesem Hintergrund wurde mein Auftrag natürlich obsolet und ich zog ihn zurück, auch wenn ich auf die Diskussion dazu gespannt gewesen wäre.